

Newsletter 02/2019



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Unser Newsletter erreicht Sie dieses Mal in einem neuen Kleid. Sie werden weiterhin über die wichtigsten Neuigkeiten in den Bereichen Transparenz und Datenschutz ins Bild gesetzt, das Ganze erfolgt aber in anderer Form. Die beiden Rubriken **Aktualitäten** und **Informationen an öffentliche Organe** bleiben unverändert, neu sind die Rubriken **Vernehmlassungen**, **Agenda** und **Literaturhinweise**, die je nach Aktualität ebenfalls Einträge verzeichnen. Zwei Mal pro Jahr lassen wir Ihnen mit diesem Newsletter Wissenswertes aus unseren Bereichen zukommen und wir hoffen, dass das neue Erscheinungsbild für noch mehr Lesevergnügen sorgt.

Das Jahr neigt sich seinem Ende zu, daher wollen wir die Gelegenheit ergreifen, Ihnen im gleichen Zug Frohe Festtage und ein gutes Jahr 2020 zu wünschen !

Aktualitäten :

Ernennung der neuen Datenschutzbeauftragten

BG-Urteil zu Dashcam-Bildern als Beweismittel

BG-Urteil zu automatischer Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung

Einschwärzungen können in vielen Fällen rückgängig gemacht werden

Facebook setzt in der Schweiz Wahl-Features ein

Medizinische Expertise als Beweismittel

Informationen an öffentliche Organe :

Zugang zu Abrechnung und Abberufungsvereinbarung empfohlen

Zugang zu Analyse von Managementpraktiken empfohlen

Zugang zu Dokumenten aus Personaldossier zu Recht verweigert
Teilweiser Zugang zu Dokumenten bezüglich eines Gemeindegebäudes empfohlen
Zugang zu Dokumenten bezüglich privater Informanten/innen der Polizei

Vernehmlassungen :

Stellungnahmen der Kommission

Agenda :

Weiterbildung Datenschutzrecht
Wissenschaftliche Tagung zum Öffentlichkeitsprinzip
Datenschutztag 2020

Literaturhinweise :

Notiz über das Kantonsgerichtsurteil vom 24. Mai 2018, Zugang zu Dokumenten bezüglich privater Informanten/innen der Polizei
Rechtsprechung in den Bereichen Datenschutz und Transparenz

Aktualitäten



Ernennung der neuen Datenschutzbeauftragten

Auf Empfehlung der kantonalen Öffentlichkeits- und Datenschutzkommission hat der Staatsrat Florence Henguely zur kantonalen Datenschutzbeauftragten ernannt. Sie besetzte diese Stelle mit einem Arbeitspensum von 50 % seit dem vergangenen 1. August 2019 ad interim und folgt auf Alice Reichmuth Pfammatter, die in den vorzeitigen Ruhestand ging.

Mehr erfahren



BG-Urteil zu Dashcam-Bildern als Beweismittel

Wer mit einer Videokamera auf dem Armaturenbrett, auch Dashcam genannt, andere Verkehrsteilnehmer filmt, verstösst gegen das Datenschutzgesetz. Werden mit der Kamera Verkehrsverletzungen aufgenommen, die nicht als schwere Straftaten gelten, dürfen die entsprechenden Bilder daher nicht als Beweismittel verwendet werden. Dies hat das Bundesgericht in einem jüngst veröffentlichten Urteil entschieden. Im konkreten Fall war eine Automobilistin dabei gefilmt worden, wie sie auf der Autobahn einen anderen Autofahrer rechts überholte und knapp vor ihm wieder einspurte.

Mehr erfahren



BG-Urteil zu automatischer Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung

Für den Einsatz der automatischen Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung (AFV) bedarf es einer ausreichend detaillierten Regelung in einem Gesetz. Dies betont das Bundesgericht in einem jüngst veröffentlichten Urteil, in dem es die Beschwerde eines Autolenkers gutgeheissen hat, der vom Obergericht des Kantons Thurgau wegen mehrfachen Fahrens ohne Berechtigung zu einer Geldstrafe und einer Busse verurteilt worden war. Dass der Betroffene trotz Entzug des Führerausweises einen Personenwagen gefahren war, hatte sich aus Aufzeichnungen der AFV ergeben.

Mehr erfahren



Einschwärzungen können in vielen Fällen rückgängig gemacht werden

Forschenden der Universität Zürich ist es gelungen, in 21 von 25 untersuchten Bundesgerichtsurteilen die angebrachten Anonymisierungen rückgängig zu machen. Anonymisierungen sind in öffentlich zugänglich gemachten Gerichtsurteilen ein Mittel, um die Identität von Klägern/innen oder Angeklagten zu schützen. Im konkreten Fall versuchten die Forschenden die Identität von pharmazeutischen Unternehmen herauszufinden, die zwischen 2000 und 2018 in einem Verfahren gegen Preisverfügungen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) vor Bundesgericht involviert waren und um welche Arzneimittel es sich handelte.

Mehr erfahren



Facebook setzt in der Schweiz Wahl-Features ein

Facebook hat im Rahmen der Eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober Features wie bsp. den «Voter-Button» eingesetzt, um die Stimmberechtigten auf ihrer Plattform anzusprechen. Facebook betonte gegenüber dem Eidg. Datenschutz- und Transparenzbeauftragten, die Features zielten darauf ab, die Nutzerinnen und Nutzer für die Wahlen zu sensibilisieren und die Teilnahme zu fördern. Es würden aber keine politischen Ansichten der jeweiligen Nutzer bearbeitet.

Mehr erfahren



Medizinische Expertise als Beweismittel

Anlässlich des 26. Gesundheitsrechtstags, der am 13. September an der Universität Neuenburg stattfand, sprachen mehrere Referentinnen und Referenten über die verschiedenen Aspekte des medizinischen Gutachtens als Beweismittel. Dabei stellen sich einige Fragen punkto Schutz der Privatsphäre beziehungsweise Schutz der Personendaten.

Mehr erfahren

Informationen an öffentliche Organe



Zugang zu Abrechnung und Abberufungsvereinbarung empfohlen

Die Kantonale Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz hat sich in einer Empfehlung dafür ausgesprochen, dass die Gemeinde Romont Zugang zur vollständigen Abrechnung des Bauprojektes «Zelda» sowie zu einer Abberufungsvereinbarung mit der Gesellschaft Bauart geben soll. Vor dem allfälligen Zugang zum ebenfalls geforderten Vertrag solle zuerst das Unternehmen angehört werden.

Mehr erfahren



Zugang zu Analyse von Managementpraktiken empfohlen

Die Kantonale Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz hat dem Gesundheitsnetz des Vivisbachbezirks (RSSV) empfohlen, Zugang zu einer Analyse seiner Managementpraktiken zu geben. Der Zugang zu einem Teil des Berichts kann aufgeschoben werden, bis verschiedene Entscheide gefällt sind. Vor der Zugänglichmachung sind die Drittpersonen anzuhören.

Mehr erfahren



Zugang zu Dokumenten aus Personaldossier zu Recht verweigert

Die kantonale Transparenzbeauftragte hat dem Amt für Personal und Organisation sowie der kantonalen Ausgleichskasse empfohlen, den Zugang zu Dokumenten aus einem Personaldossier und zu persönlichen Dokumenten eines Mitarbeiters zu verweigern. Die betroffenen öffentlichen Organe haben zu Recht überwiegendes privates Interesse geltend gemacht.

Mehr erfahren



Teilweiser Zugang zu Dokumenten bezüglich eines Gemeindegebäudes empfohlen

Die kantonale Transparenzbeauftragte hat der Gemeinde Treyvaux empfohlen, teilweisen Zugang zu Dokumenten bezüglich der Renovation, dem Unterhalt und der Reparatur eines Gebäudes zu geben, in dem sich unter anderem die ausserschulische Betreuung und die Schulbibliothek befinden. Die Gemeinde hatte den Zugang zu diversen Dokumenten rund um das Gebäude «Treyjoyeuse» verweigert und dabei darauf verwiesen, dass die verlangten Dokumente nicht im Zusammenhang mit der öffentlichen Aufgabe der Gemeinde stünden.

Mehr erfahren



Zugang zu Dokumenten bezüglich privater Informanten/innen der Polizei

Die verwaltungsrechtliche Abteilung des Genfer Gerichtshofs hat sich in einem Urteil (ATA/949/2019) bezüglich des Zugangs zu Dokumenten hinsichtlich privater Informanten/innen der Genfer Polizei für einen teilweisen Zugang zum jährlichen Budget zur Entgeltung von Informanten/innen zwischen 2007 und 2016 ausgesprochen. Der Zugang zum ebenfalls von einem Journalisten angefragten Reglement müsse hingegen verweigert werden, da ansonsten die öffentliche Sicherheit gefährdet sei. Die stellvertretende Genfer Transparenzbeauftragte hatte einen teilweisen Zugang zu beiden Dokumenten empfohlen.

Mehr erfahren

Vernehmlassungen



Stellungnahmen der Kommission

Die Kantonale Öffentlichkeits- und Datenschutzkommission hat sich in den letzten Monaten zu verschiedenen Erlassentwürfen geäussert, so auch zum Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen.

Mehr erfahren

Agenda



Weiterbildung Datenschutzrecht

Am Institut für Europarecht der Universität Freiburg finden in den kommenden Monaten diverse Kurse zu Fragen des Datenschutzes statt. Die ersten beiden Kurse setzen sich mit den allgemein im Datenschutzrecht zu beachtenden Grundsätzen auseinander, indem diese auf theoretischer Ebene aufgezeigt und illustrativ anhand ausgewählter praktischer Fälle angewendet werden. Zwei weitere Kurse sind dem Thema Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz gewidmet.

Mehr erfahren



Wissenschaftliche Tagung zum Öffentlichkeitsprinzip

«Öffentlichkeitsprinzip in der Verwaltung: Wie viel Transparenz ist möglich und nötig?»: zu diesem Thema findet am 17. Januar 2020 an der Universität Freiburg eine wissenschaftliche Tagung statt. Gut zehn Jahre nach Inkrafttreten des Öffentlichkeitsprinzips auf eidgenössischer Ebene sollen eine Zwischenbilanz gezogen und die seitherigen Entwicklungen besprochen werden.

Mehr erfahren



Datenschutztag 2020

Anlässlich des Datenschutztages 2020 organisiert die Fakultät der Rechts- und Kriminalwissenschaften sowie der öffentlichen Verwaltung der Universität Lausanne zusammen mit dem Eidgenössischen Datenschutz- und Transparenzbeauftragten, dem universitären Informatikzentrum der Universität Genf sowie ThinkServices eine öffentliche Konferenz. Die Tagung findet am 28. Januar 2020 statt und thematisiert die Rolle der Behörden im Bereich des Schutzes des persönlichen Daten und deren Wichtigkeit angesichts der Schwierigkeiten für Einzelpersonen, diese komplexen Herausforderungen zu verstehen und die die Privatsphäre betreffenden Daten zu schützen.

Mehr erfahren

Literaturhinweise

Notiz über das Kantonsgerichtsurteil vom 24. Mai 2018, Zugang zu Dokumenten bezüglich privater Informanten/innen der Polizei



Die Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung (FZR) 2019/2 hat eine Notiz über ein Kantonsgerichtsurteil im Bereich Zugang zu amtlichen Dokumenten veröffentlicht. Diese Notiz wurde durch Luc Vollery, Redaktor und Vorsteher des Amtes für Gesetzgebung, verfasst: *Accès à des directives et à des informations budgétaires sur les informateurs de la police. Note sur l'arrêt du Tribunal cantonal du 24 mai 2018, n°12.*

Mehr erfahren

Rechtsprechung in den Bereichen Datenschutz und Transparenz



Prof. Alexandre Flückiger der Universität Genf gibt im Rahmen der Publikation *Digitalisierung und Schutz der Privatsphäre. Zur Steuerungsfähigkeit der «traditionellen» Rechtsgrundsätze: Analyse und Perspektiven* (Schulthess, 2018) einen Überblick über die aktuelle Rechtsprechung im Bereich Datenschutz und Transparenz. Ein Teil des Kapitels ist dem Datenschutz bei auf dem Transparenzprinzip beruhenden Zugangsgesuchen gewidmet, beim anderen Teil geht es um das Zugangsrecht zu den eigenen Daten sowie um das Berichtigungs- und Löschungsrecht von persönlichen Daten.

Mehr erfahren

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, bitten wir Sie **Kontakt mit unserem Sekretariat aufzunehmen.**